

FDP-Ratsfraktion Kiel

FDP

Die Liberalen

Hubertus Hencke
FraktionsvorsitzenderChristina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Presseinformation

Nr. 85/2013 Kiel, 02. Oktober 2013

FDP Ratsfraktion beantragt Verfahren zur Abwahl der Oberbürgermeisterin

Das Ausmaß der Vorwürfe, die Innenminister Breitner der Oberbürgermeisterin vorhält, macht es unmöglich, auf einen freiwilligen Rücktritt der Oberbürgermeisterin zu warten. Hierzu erklärt der Vorsitzende der FDP Fraktion Hubertus Hencke:

"Die Ratsfraktion der FDP hat heute einen Antrag auf Einleitung eines Abwahlverfahrens gegen die Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel, Susanne Gaschke, eingereicht. Dieser Antrag kann mit einer 2/3-Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Ratsversammlung beschlossen werden. Die FDP Ratsfraktion geht davon aus, dass sich diese Mehrheit im Rat findet. Der Oberbürgermeisterin kann bei einem zustimmenden Beschluss auch die Ausführung Ihrer Dienstgeschäfte bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses untersagt werden, § 57d GO Schleswig-Holstein.

Längst ist der Steuerdeal in Kiel zu einem Steuergate Schleswig Holstein geworden. Das Ausmaß der politischen Zerstörung hat sich spätestens mit der Strafanzeige des Innenministers auch über die Grenzen der Schleswig-Holsteinischen SPD hinaus auf die ganze politische Kultur des Landes ausgewirkt.

Der sowohl von Frau Gaschke als auch von Herrn Albig propagierte neue Politikstil darf nicht länger fortgesetzt werden. Weder die SPD Schleswig - Holstein, geschweige denn die SPD Kiel, erst recht nicht die Ratsfraktion der SPD Kiel sind in der Lage, das hausgemachte Problem selbst zu lösen. Die handelnden Personen befinden sich in einer Endlosschleife der gegenseitigen Anschuldigungen, aus der sie sich selbst nicht mehr befreien können. Die Ratsfraktion der FDP Kiel hat deshalb den Antrag auf Einleitung des Abwahlverfahrens eingereicht, um weiteren Schaden von der Stadt Kiel und auch dem Land Schleswig-Holstein abzuwenden. Dabei wird bewusst die bittere Pille geschluckt, dass bei einer erfolgreichen Abwahl der Oberbürgermeisterin Übergangsgeld zu zahlen ist. Es bleibt letztlich der noch amtierenden Oberbürgermeisterin überlassen, ob sie dies den Bürgern Kiels zumuten will. Sie sollte einen würdigeren Weg finden, das Geschehen zu beenden."

V. i. S. d. F.


Peter Helm

Fraktionsgeschäftsführer